



Das verfehlte 100-Milliarden-Dollar-Ziel

Die verheerendsten Folgen der Erderwärmung treffen die ärmsten Länder am heftigsten, obwohl sie am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Werden die reichen Länder für die Schäden aufkommen?

Flutbetroffene in Pakistan: Mehr als 33 Millionen Menschen waren von den heftigen Überschwemmungen diesen Sommer betroffen.

Bild: Fareed Khan/AP

Stephanie Schnydrig

Eine verheerende Flut in Pakistan überschwemmte diesen Sommer ein Drittel des Landes, kostete weit über tausend Menschen das Leben, zerstörte Millionen Häuser und führte zu massiven Ernteverlusten. Wie aus dem jüngsten Weltklimabericht hervorging, werden solche Extremwetterereignisse infolge der Erderwärmung häufiger und heftiger auftreten. Pakistan zählt zu den Ländern, die historisch am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, die Folgen wie Überschwemmungen, Hitzewellen und Dürren aber am stärksten zu spüren bekommen.

Die Senegalesin Madeleine Diouf Sarr vertritt die Länder des Globalen Südens an der in den nächsten zwei Wochen stattfindenden Weltklimakonferenz im ägyptischen Sharm-el-Sheikh (COP27). In Magazin «Nature» formulierte sie es kürzlich so: «Wir sind als Erste und am schlimmsten vom Klimawandel betroffen und am wenigsten in der Lage, darauf zu reagieren.» An der Klimakonferenz werde sie die Regierungen auffordern, «einen Fonds für Schäden und Verluste in Entwicklungsländern einzurichten.» Die Wissenschaft gehe davon aus, dass bis 2030 jährlich 290 bis 580 Milliarden Dollar erforderlich sein würden.

«Verfehlen des Ziels ist inakzeptabel»

Seit Jahren fordern die Entwicklungsländer Finanzhilfen von den wohlhabenden Ländern zur Bekämpfung des Klimawandels. Und tatsächlich haben die Industriestaaten an der Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 dem gemeinsamen Ziel zugestimmt, bis 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar zu mobilisieren, um ärmere Länder bei der Bewältigung der Klimakrise zu unterstützen. Aber das Ziel wurde nicht erreicht. Nach den jüngst veröffentlichten Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ent-

wicklung OECD flossen 2020 Gelder von rund 84 Milliarden Dollar, nur wenig mehr als die zwei Jahre zuvor.

Für Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation an der Klimakonferenz, ist das Verfehlen des 100-Milliarden-Ziels inakzeptabel, obwohl die Zahlungen an Entwicklungsländer seit 2010 massiv gestiegen seien. «Es besteht klar Diskussionsbedarf an der Konferenz, wieso wir dieses zentrale Ziel der Klimapolitik nicht halten konnten», sagt er. Dazu kommt: An der Paris Klimakonferenz 2015 wurde beschlossen, dass es ab 2025 eine Anschlusslösung für das 100-Milliarden-Ziel braucht.

Perrez rechnet die kommenden zwei Wochen noch nicht mit einem grossen Wurf diesbezüglich – und das sei tatsächlich auch nicht gewollt. Einige stark betroffene Länder wie die Inselstaaten forderten zwar, unbedingt bereits dieses Jahr einen neuen Fonds zu beschliessen. «Aber die Schäden, mit denen wir in Zukunft rechnen müssen, sind viel zu gross, als dass wir einfach einen neuen Topf eröffnen können und damit das Problem lösen», so der Klimadiplomate.

Es müsse ausgehandelt werden, wer in den Fonds einzahle, wofür, wie viel und so weiter. «Wichtig ist, die grössten Emittenten in die Pflicht zu nehmen, gerade auch jene, die bis jetzt nicht zahlen mussten», sagt Perrez. Dazu gehörten etwa China und Saudi-Arabien. Ziel sei, sich bis 2024 auf eine umfassende und effektive Lösung zu einigen, die den Entwicklungsländern im Umgang mit dem Klimawandel hilft.

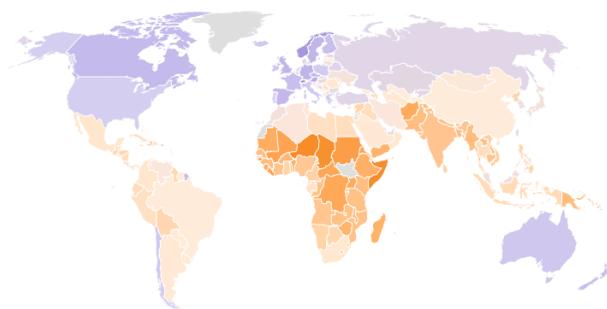
Ein neuer Bericht des UN-Umweltprogramms (Unep) untermauerte ebenfalls, dass die internationalen Hilfszahlungen an den globalen Süden derzeit fünf bis zehn Mal unter dem eigentlichen Bedarf der Länder liegen. «Der aktuelle Bericht macht deutlich, dass es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, die Menschen vor den gegenwärtigen Auswirkungen der Kli-

Wo der Klimawandel am schlimmsten ist

Der Index ergibt sich aus der Exposition und Anpassungsfähigkeit eines Landes gegenüber dem Klimawandel.

Anfälligkeit für den Klimawandel

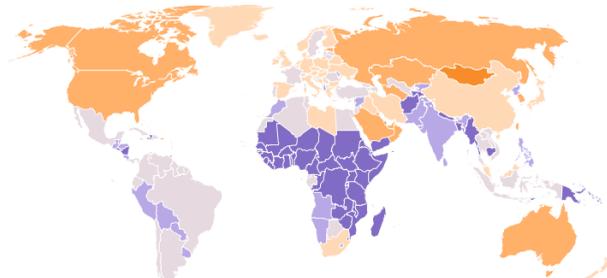
0,2 (tief) 0,67 (hoch)



Kohlendioxidemissionen pro Kopf im Jahr 2019

pro Kopf CO₂-Emissionen in Tonnen

1 2 5 10 20



Grau: Keine Daten vorhanden

Quelle: ND-GAIN/Grafik: let

«Wir sind als Erste und am schlimmsten vom Klimawandel betroffen und am wenigsten in der Lage, darauf zu reagieren.»



Madeleine Diouf Sarr
Klimadiplomatin
aus dem Senegal

makrise zu schützen», sagte der UN-Generalsekretär António Guterres dazu.

All dies untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit der reichen Länder, sich für Klimagerechtigkeit einzusetzen, sie belasten laut Samih Schukri, dem ägyptischen Aussenminister und Gastgeber des Klimagipfels, auch die Gespräche in Sharm-el-Sheikh. Es herrsche ein Mangel an Vertrauen, sagte er im Vorfeld der Konferenz der Nachrichtenagentur DPA.

Wie soll das Geld verteilt werden?

Es gebe wohl mehrere Gründe für die nur zögerlich gesprochenen Finanzhilfen, meint David Bresch. Er ist Professor an der ETH Zürich und forscht zu Klimarisiken. «Die Schwierigkei-

ten beginnen schon nur bei der Frage, wie das Geld gerecht verteilt werden kann», sagt er. Sinn würde es beispielsweise machen, dass diejenigen Regionen Ansprüche hätten, die besonders stark von Klimarisiken betroffen seien. Doch die Berechnungen würden sehr schnell kompliziert.

Und schliesslich gehe es auch darum, das Geld bestmöglich einzusetzen und die wirksamsten Massnahmen zu eruieren. «Das braucht viel Zeit, die wir eigentlich nicht mehr haben», so der Forscher. Er spricht aus Erfahrung. Mit seinem Team führte er schon etliche Studien für die Weltbank und Entwicklungsbanken durch, die wissen wollten, wie mit dem Geld am effektivsten Emissionen eingespart und die meisten Menschenleben gerettet werden können.

«Damit beginnt aber gleich das nächste Dilemma», sagt Bresch. Nämlich: Wie stark dürfen sich die reichen Länder einmischen und kontrollieren, ob das Geld auch tatsächlich der Lokalbevölkerung zugutekommt und nicht von der Korruption verschlungen oder der herrschenden Elite genommen wird. So sieht der Forscher das Problem insbesondere in der mangelnden Governance in vielen Ländern und ihrer mangelnden Transparenz gegenüber der Weltgemeinschaft: «Es sind zu viele geopolitische Agenden im Spiel», sagt er.

Reiche Länder sollen Vorreiterrolle einnehmen

Auch angesichts dessen sei es wichtig, nicht nur mit finanziellen Mitteln Klimagerechtigkeit herstellen zu wollen, sondern dass die westlichen Länder, insbesondere auch die Schweiz als vermögendes Land, entschiedener mit gutem Beispiel voranzugehen. «Das heisst: Bis spätestens im Jahr 2050 netto keine Treibhausgase mehr ausstossen», sagt Bresch.

Denn das Treibhausgas-Budget der reichen Länder ist eigentlich schon längst aufge-

braucht, um das von der Weltgemeinschaft gesteckte Ziel zu erreichen: die Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad, besser auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Wie Zahlen von «Our World in Data» zeigen, hat die USA seit Beginn der Industrialisierung fast 420 Milliarden Tonnen CO₂ ausgestossen, Europa gar über 530 Milliarden Tonnen. China verantwortet 236 Milliarden Tonnen des menschenverursachten CO₂ in der Atmosphäre. Und Afrika: 48 Milliarden Tonnen.

Zwar scheint in vielen Industrieländern die grüne Trendwende eingetreten zu sein, aber die Transformation findet zu langsam statt. Schon heute hat sich die Erde im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um 1,1 Grad erhitzt. ETH-Professor Bresch sagt: «Wenn NGOs, Klimaaktivisten und besorgte Bürgerinnen bemängeln, dass wir das Problem in keiner Art und Weise im Griff hätten, dann haben sie recht.»

Doch gräbt man tiefer, gibt es durchaus Lichtblicke: Obwohl der Krieg in der Ukraine einen neuen Run auf fossile Brennstoffe ausgelöst hat, hat Russlands Aggression die Argumente für saubere Technologien bestärkt. Denn ein Ausbau von erneuerbaren Energien sorgt für Unabhängigkeit von autokratischen Staaten. Und nicht nur das: Solar- und Windenergie sind heute wettbewerbsfähig gegenüber Kohle, Gas und Öl, selbst wenn man die Kosten für die Energiespeicherung mit einbezieht.

Franz Perrez sagt, dass es «wirklich tragisch» wäre, wenn das 1,5-Grad-Ziel an der Weltklimakonferenz endgültig sterben würde. «Die Staatengemeinschaft muss genügend starke Massnahmen beschliessen und wir müssen genügend Druck auf die grössten Treibhausgasemittenten ausüben», so Perrez. Denn die Uhr tickt: Um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss der Ausstoss der Treibhausgase laut dem Weltklimarat bereits vor 2025 seinen Höhepunkt erreicht haben.